

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 41 (2014)
Heft: 6

Artikel: "Le Frühfranzösisch" spaltet das Land
Autor: Lettau, Marc
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909873>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Le Frühfranzösisch» spaltet das Land

Die Schweiz leistet sich einen heiklen Sprachenstreit: Etliche Deutschschweizer Kantone wollen an Primarschulen kein Französisch mehr unterrichten. Die Romands sehen den Zusammenhalt der Nation bedroht.

MARC LETTAU

Die Dame im Bus der Bieler Verkehrsbetriebe spricht mit ihrer Nachbarin deutsch. Ihre Nachbarin antwortet eloquent auf Französisch. Der Verständigung zwischen den beiden Damen tut dies keinen Abbruch. Die angeregte Konversation wird zum deutsch-welschen *Mélange*. Auch Sätze halb deutsch, halb französisch gibt es. In Biel gehört solches zum *Courant normal*. Die beiden Damen repräsentieren eine Mehrheit: 63 Prozent aller Bielerinnen und Bieler sind zwei- oder mehrsprachig.

Viersprachig, vielsprachig

Aber Biel ist nicht überall. Und erst recht darf die offizielle Viersprachigkeit der Schweiz nicht zur Annahme verleiten, es wimmle im Lande von Viersprachigen. Aller vier Landessprachen – Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch – mächtig sind sehr wenige. Andererseits gehört es zu den Erfahrungen im sprachlich kleingeteilten Land, dass sehr viele am Arbeits- oder Ausbildungsort eine andere Sprache sprechen als zuhause. Im Alltag reden mehr Menschen französisch, als es Romands gibt, und weit

mehr sprechen ausser Haus schweizerdeutsch oder hochdeutsch als jene mit Deutsch als Muttersprache. Die vier Landessprachen gewinnen dadurch an Gewicht, werden zu Brücken der Verständigung in einer immer mobileren Gesellschaft. Bedeutsamer heisst es im schweizerischen Sprachengesetz, es gelte «die Viersprachigkeit als Wesensmerkmal der Schweiz zu stärken» und über die Sprachenpflege den «inneren Zusammenhalt des Landes zu festigen». Für die allermeisten Schweizerinnen und Schweizer klingt dies einleuchtend: Je mehr Menschen mehr als nur eine Landessprache sprechen oder zumindest verstehen, desto besser klappt das Konzept der Willensnation Schweiz.

Feuer im Dach

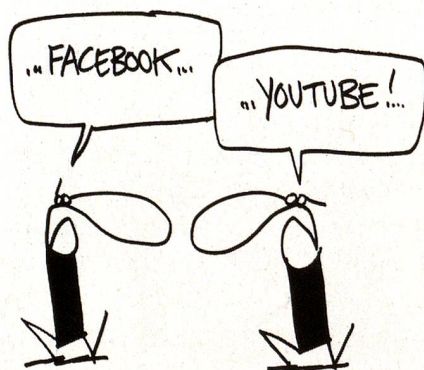
Doch jetzt ist Feuer im Dach. Die Romandie unterstellt der Deutschschweiz, den Sprachenfrieden im Lande aufs Spiel zu setzen. «La guerre des langues est déclarée» – der Sprachenkrieg ist erklärt –, titelte das Wochenmagazin «L'Hébdô» im Mai. Was ist passiert? Der konkrete Streitgegenstand ist das sogenannte Frühfranzösisch, also der Französischunterricht an der Primarschule. Während in allen Westschweizer Kantonen an Primarschulen als erste Fremdsprache Deutsch unterrichtet wird, schickt sich eine steigende Zahl der Deutschschweizer Kantone an, dem Französisch in der

Primarschule den Garaus zu machen. Im Laufe des Jahres entschied das Thurgauer Kantonsparlament, das Fach Französisch an den Primarschulen zu streichen. Wenig später sprach sich das Schaffhauser Kantonsparlament für den gleichen Schritt aus. Dann stellte die Nidwaldner Regierung die Weichen für die Abschaffung des Französischunterrichts an Primarschulen. Ausserdem sind in den Kantonen Graubünden und Luzern Volksinitiativen eingereicht worden, die ebenfalls die Abschaffung des Frühfranzösisch verlangen. Schon vor Jahren vom Frühfranzösisch in den Primarschulen verabschiedet haben sich die Kantone Appenzell Innerrhoden und Aargau. Die Liste der Aussteiger könnte noch länger werden, in weiteren Kantonen wird darüber diskutiert, den Sprachenunterricht umzukrempeln. Die in der Debatte am häufigsten genannten Argumente: Man erkenne, dass genau genommen Hochdeutsch die erste Fremdsprache sei, die sich Deutschschweizer Kinder mühsam aneignen müssten. Und gleich zwei Fremdsprachen aufs Mal zu lernen, sei pädagogisch unsinnig.

Französisch versus Englisch

Spricht sich ein Kanton gegen Frühfranzösisch an Primarschulen aus, schafft er damit den Französischunterricht zwar nicht ab. Er wird aber in die schulische Oberstufe verlagert und somit verkürzt. Das heisst, immer mehr Kinder bekommen deutlich später und deutlich weniger lange Unterricht in einer zweiten Landessprache. Veritables Entsetzen löst in der Romandie nun aus, dass die Abwertung des Französischen mit der Aufwer-

LES JEUNES
PARLENT
COURAMMENT
L'ANGLAIS



Die Jungen sprechen fließend Englisch



Das Titelbild des Magazins «L'Hébd» vom Mai zeigt, wie betroffen die Romandie auf den Sprachenstreit reagiert

tung des Englischen einhergeht.

Bereits in 14 Deutschschweizer Kantonen wird heute als erste Fremdsprache Englisch unterrichtet. Das «Frühfranzösisch» folgt in diesen Kantonen in aller Regel zwei Jahre nach der ersten Englischlektion.

Fremdsprache versus Landessprache

Den Stein ins Rollen brachte der Kanton Zürich. Er führte 1998 an seinen Primarschulen das «Frühenglisch» ein. Mit dem Entscheid brachte der damalige Zürcher Erziehungsdirektor Ernst Buschor (CVP) zum Ausdruck, für wie überholt er das Prinzip

hält, an den Schulen das Französische gegenüber dem Englischen zu bevorzugen. Buschor begeisterte sich fürs Frühenglisch, weil Englisch für ihn die zukunftssträchtige Schlüssel-sprache der Informatik und der Wirtschaft ist. Er legte mit seinem Entscheid den Grundstein für den heutigen Sprachenstreit. Dass die Welschen Buschors Sichtweise als Affront empfanden, zeigte sich rasch. Zu einem scharfen Kritiker des Zürcher Erziehungsdirektors wurde der Westschweizer Publizist José Ribeaud, der sich mit seinem Buch «Vier

Sprachen, ein Zerfall» («Schweizer Revue» 1/2014) als kenntnisreicher Diagnostiker der schweizerischen Sprachlandschaft bewiesen hat. Ribeaud sagt noch heute zu Buschors Englisch-Offensive: «Das war das schlechteste Signal, das man für die Schweiz aussenden konnte.» Er unterstellt den Deutschschweizern zwar keine Feindseligkeit, aber «einen schwerwiegenden Mangel an Rücksicht und an jenem Respekt, der den Minderheiten früher entgegengebracht wurde». Doch Buschor und Ribeaud sprechen nicht vom selben. Buschor spricht vom Recht, bei der Ausgestaltung der Lehrpläne der wichtigsten Fremdsprache einen angemessenen Platz einzuräumen. Ribeaud hingegen spricht von der Pflicht, den wichtigsten Landessprachen das nötige Gewicht zu geben.

Demütigende Abwendung

Es ist nicht so, dass den Deutschschweizer Bildungspolitikern Argumente fehlten. Sie sagen, der frühe Französischunterricht überfordere zuweilen Schülerinnen, Schüler und Lehrer. Vor allem aber müsse man den Sprachunterricht zwingend am Ergebnis messen: Entscheidend sei, ob sich die Jugendlichen nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit in einer zweiten Landessprache verständigen könnten. Dies sei das eigentliche Ziel.

Ab wann und wie lange die zweite Landessprache unterrichtet werde, sei sekundär. Allerdings erreichen diese Argumente die Romandie kaum. Sie interpretiert das Verhalten der Deutschschweiz als demütigende Abwendung. Welsche Politiker jeglicher Couleur monieren, es drohe ein wichtiges Kettenglied des schweizerischen Zusammenhalts zu brechen. Der freisinnige alt Bundesrat Pascal Couchepin stichelt, die Deutschschweiz laufe dabei Gefahr, sich selbst zu marginalisieren: «Was wäre die Schweiz ohne Romands und ohne Tessiner? Sie

Minderheiten, das Verständnis für Vielfalt, die Suche nach Kompromissen und die Bedeutung von Gleichgewichten.» Sollte sich die Schweiz dazu entschliessen, aufs Englische als Verständigungssprache zu setzen, geschehe das bislang Unvorstellbare: Sprache würde auf ihre utilitaristische Bedeutung reduziert. Aber Sprache trage kulturelle Aspekte: «Sie widerspiegelt die Welt jener, die sie sprechen, ihre Sicht der Welt, ihre Denkweise, ihre Traditionen.» Romands erwarteten, dass sie ihre eigene Sprache sprechen können und

trotzdem verstanden werden, argumentiert Chassot. Sie wollen als vollwertige, französisch sprechende Schweizer wahrgenommen werden: «Aber sie verlangen nicht, dass man mit ihnen französisch spricht. Dafür gibt es die gutschweizerische Übereinkunft, dass in mehrsprachigen Runden jeder seine eigene Sprache spricht.»

Druck von oben

Schule ist in der Schweiz Sache der Kantone. Und Eingriffe ins föderalistische Gefüge gehören nicht zu den schweizerischen Tugenden. Im Spätsommer sah sich der Freiburger Bundesrat Alain Berset (SP) dennoch dazu veranlasst klarzustellen, dass der Bund sehr wohl das Recht habe einzugreifen, falls die Gesamtinteressen des Landes gefährdet seien. Das Schulwesen sei zwar ein wichtiger Teil der föderalistischen Idee der Schweiz. Aber ohne Verantwortung gegenüber der Schweiz als Ganzes funktioniere der Föderalismus nicht: «Föderalismus heisst nicht einfach: Jeder macht auf seinem Gebiet, was er will, egal, was dies für die

Schweiz bedeutet», sagte Berset in einem Interview mit der «Neuen Zürcher Zeitung». Nach Berset erhöhte auch die Bildungskommission des Nationalrats den Druck. Deren Präsident, Nationalrat Matthias Aebischer (Bern, SP), gab Anfang Oktober zu Protokoll, man sei nicht mehr bereit zuzuschauen, «wie ein Kanton nach dem anderen sich vom Frühfranzösisch verabschiedet». Gleichzeitig brutete die Kommission über dem Vorschlag, die Kantone per Bundesgesetz zu zwingen, in der Primarschule eine zweite Landessprache zu unterrichten. Mit diesem Gedankenspiel machte die Bildungskommission vor allem Druck auf die kantonalen Erziehungsdirektoren. Diese tagten Ende Oktober in Basel und sahen sich gezwungen, auf die emotionale Aufwühlung zu reagieren. Sie sprachen ein Machtwort: Am Grundsatz, an Primarschulen zwei Sprachen zu unterrichten, dürfe nicht gerüttelt werden. Ob zuerst Englisch oder Französisch gewählt werde, solle aber weiterhin von den Kantonen entschieden werden dürfen.

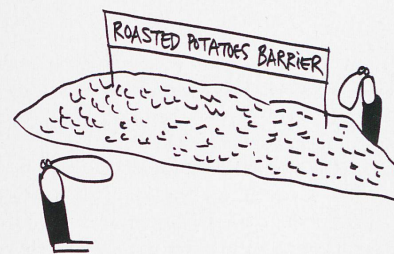
Das Machtwort hat aber einen Haken: Es ist frei von Macht. Die Erziehungsdirektoren können den Kantonen nichts diktieren. Sie können nur Empfehlungen abgeben. Ob Bersets Sorge behoben, Chassots Anspruch erfüllt und der Vorschlag von Aebischers Kommission abgewendet ist, bleibt also offen. Bundesrat Berset hat deshalb nach der Sitzung der Erziehungsdirektoren den Druck weiter erhöht. Er drohte, der Bund werde nicht zö-

LES SUISSES
ALLEMANDS
APPRENNENT
LE SUISSE
ROMAND...



Die Deutschschweizer beschäftigen sich mit der Kultur der Romands...

VIVE L'ANGLAIS!..



Es lebe das Englisch ...!

gern zu intervenieren, sollte sich in den kommenden Monaten ein Kanton definitiv entscheiden, Französisch aus dem Lehrplan der Primarschulen zu kippen.

Trotz allem Ärger hoffen Bildungspolitiker aller Parteien, der Bund möge letztlich doch nicht eingreifen. Die Überlegung dahinter: Verschärft der Bund die gesetzlichen Grundlagen, dürfte in der Deutschschweiz dagegen das Referendum ergriffen werden; kommt das Referendum zustande, müsste die Schweiz an der Urne über den Schweizer Sprachfrieden abstimmen; stimmt eine Nation über Sprachenfragen ab, führt dies kaum je zu Entspannung. Eine landesweite Volksabstimmung wünscht sich – in Vorahnung der Risiken – derzeit niemand. Der zweisprachige Freiburger Nationalrat François Steier (SP), selber ein Streiter für die zweite Landessprache an Primarschulen, mutmasst, dass eine Volksabstimmung über die Sprachenfrage «den Zerfall der Schweiz in Sprachregionen zementieren, den nationalen Zusammenhalt in Frage stellen und Verwerfungen von ungeahntem Ausmass auslösen würde».

Die «Schwyzerdütsch»-Offensive

Szenenwechsel. In den Aargauer Kindergärten wird derzeit an der Bewältigung eines weiteren Sprachenstreits gearbeitet. Seit Beginn des neuen Schuljahres wird dort nämlich nur noch Dialekt gesprochen. Das bisherige Anliegen, die Jüngsten im Kindergarten ans Hochdeutsche heranzuführen, ist vom Tisch. Das «Standarddeutsch» darf nicht mehr Unterrichtssprache sein, weil die Aargauer Stimmberechtigten im Mai gegen den Willen der Regierung eine Initiative der Schweizer Demokraten (SD) gutgeheissen hatten, welche Mundart als Unterrichtssprache in Kindergärten vorschreibt. Schon 2011 sprachen sich die Stimmberechtigten der Kantone Basel-Stadt und Zürich für die Aufwertung des Dialekts an Kindergärten aus. Und im Kanton Zug hat die SVP eben erst eine Initiative lanciert, um in Kindergärten und in einigen Fächern der Primarschulstufe «Schwyzerdütsch» vorzuschreiben.

Warum sich die Deutschschweiz diesen recht merkwürdig anmutenden Konflikt über deutsche Idiome leistet, ist unklar. Beobachter vermuten, es gebe eine rational schwer zu begründende Sehnsucht nach Dialekt, zu verstehen am ehesten als Ausdruck der «Heimatsuche» in einer zunehmend globalisierten Welt. Nur: Leicht machen es sich die Kantone, die statt Deutsch explizit Dialekt fordern, nicht. Was ist denn Dialekt? Muss die aus Deutschland zugewanderte Lehrkraft im Aargau nun Hochalemanisch mit aargauischem Akzent

Kein Stuss: Die Sprachen fünd und sechs

Die offiziell viersprachige Schweiz anerkennt neben den Landessprachen zwei weitere Sprachen. Das Jenische (siehe auch «Schweizer Revue» 2/2014) hat den Status als «territorial nicht gebundene» Sprache und wird auch entsprechend gefördert. Die zweite «territorial nicht gebundene» Minderheitensprache der Schweiz ist das Jiddische. Diese Sprachminderheit ist sogar am Wachsen – gänzlich ohne staatliche Stützung. Das eigentliche, urtümliche Schweizer Jiddische, das Surbtaler oder Endinger Jiddisch, gilt aber als ausgestorben. Einzelne Ausdrücke haben jedoch Eingang in die Deutschschweizer Alltagssprache gefunden, etwa der Begriff «Stuss» für «Unsin».

www.bilinguisme.ch

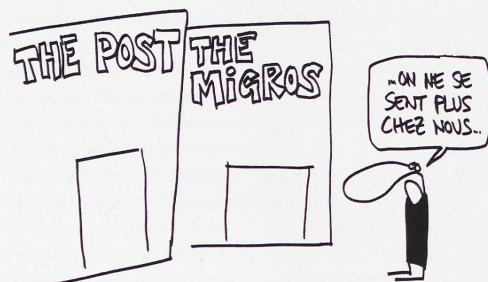
lernen? Zählt das urchige Walliserdeutsch einer Kindergärtnerin aus Visp, die in Aarau vor einer Klasse steht, auch als Dialekt, obwohl Aargauer Kinder dieses Idiom wohl kaum verstehen? Und wie geht der Kanton damit um, dass es aus historischen Gründen im eigentlichen Sinn des Wortes kein «Aargauerdütsch» gibt?

Ein Teil der Romandie amüsiert sich ob den sprachpolitischen Verrenkungen innerhalb der Deutschschweiz. Doch für Kritiker wie José Ribeaud ist auch dies ein Grund, sich ernsthaft zu echauffieren. Die Deutschschweizer setzten aus seiner Sicht den Sprachfrieden so gleich doppelt aufs Spiel. Erst foutierten sie sich ums Französische. Anschliessend brüskierten sie mit ihrer Vernachlässigung des Hochdeutschen jene Romands, die tapfer Deutsch lernten, aber deswegen noch lange nicht «Schwyzerdütsch» verstünden.

Der Tessiner Kontrapunkt

Die Schweiz darf sich mitten im Streit aber auch über sich selbst wundern. Während Deutschschweizer und Romands darüber streiten, ab wann und wie den Jüngsten eine zweite Landessprache beigebracht werden soll, muten die Tessinerinnen und Tessiner ihren Zöglingen zu, in ihrer schulischen Laufbahn gleich drei Landessprachen zu lernen – Italienisch, Französisch, Deutsch. Die Neunjährigen werden an die Sprache Voltaires herangeführt. Vier Jahre später wird Deutsch zum Pflichtfach. Gleich drei Landessprachen lernen: «Ce n'est pas la mer à boire», das ist machbar, heisst es dazu im Tessin. Die Ticinesi sind zwar nicht die begnadeteren Sprachtalente als die übrigen Schweizerinnen und Schweizer. Nur ist es für sie als kleine Sprachminderheit klar, dass sie ohne Kenntnisse weiterer Landessprachen im Lande selbst zu Sprachlosen werden.

MARC LETTAU IST REDAKTOR DER «SCHWEIZER REVUE»



Man fühlt sich irgendwie fremd ...

wäre in gewisser Weise nur noch eine Provinz Deutschlands.» Andere skizzieren die gespenstische Vorstellung, junge Deutschschweizer müssten dereinst englisch sprechen, wenn sie sich mit ihren französischsprachigen Compatriotes verständigen wollten. Die identitätsstiftende Wirkung der Landessprachen gehe so verloren.

Sprachkenntnis führt zu Respekt

Auch die oberste Sprachhüterin der Schweiz, die zweisprachige Isabelle Chassot, stellt die Identität in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Ohne Sprachenfrieden verlöre die Schweiz viel, sagte die Vorsteherin des Bundesamtes für Kultur und vormalige Bildungspolitikerin während der Debatte diesen Sommer: «Ihr würdet alles fehlen, was heute die Identität dieses Landes ausmacht: Der Respekt vor